

Dresdner Volkszeitung

Gesellschaftsleiter: Leipzig.
Geben & Comp., Nr. 20013.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Banffonte:
Geb. Arnhold, Dresden.

Aboverreisungspreis einschließlich Bringericht monatlich 2.75 M., durch
in Post bezogen vierzehnlich 8.25 M., unter Kreuzband für Deutschland
und Österreich-Ungarn 12.00 M.

Zeitung - Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Spedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.

Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gefüllte Kompartimente je 1.80 M. Familienanzeigen
1.00 M., die 9 gefüllte Blattseiten je 4.80 M., einschließlich Interessanteuer. Bei
mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Interesse sind im vorne zu bezahlen. Ohne Be-
richtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefweiterleitung 20 Pf.

Nr. 39

Dresden, Dienstag den 17. Februar 1920

31. Jahrg.

Ein deutscher Erfolg

Wackelnde Regierungen

Das S-H-Ministerium Davidowitsch ist zurückgetreten. Regent Alexander hat die Dimission angenommen und die Erledigung der laufenden Angelegenheiten dem scheidenden Kabinett bis zur Bildung des neuen Ministeriums übertragen.

Der Staatsrat, Bzg. wird aus Belgrad berichtet, die Verhandlungen der jugoslawischen Regierung mit der tschechoslowakischen Republik über den Abschluss eines Militärbündnisses seien so weit fortgeschritten, daß mit der Annahme eines militärischen Abschlusses in Kürze zu reden sei.

Auch in anderen Ländern freut es. Aus Madrid wird gemeldet: Im Verlauf des Ministerrates vom Freitag Abend reichte der Minister der öffentlichen Arbeiten seine Dimission ein. Der Ministerpräsident gab am Sonntag dem König die Gesamt-Dimission des Kabinetts. Der König sprach hierauf dem Ministerpräsidenten sein Vertrauen aus. Dieser wird daher vorläufig das Portefeuille der öffentlichen Arbeiten übernehmen.

In Warschau in der Verhandlungskommission künigte der Abgeordnete Waclawski im Namen der größten parlamentarischen Partei den Fall der Reichsbürgermeiheit und eine dadurch verursachte Kabinettsskrise für den Fall an, daß die Kommission die Regierungsauftrag annehmen würde, wonach dem Verhandlungsmittel das alleinige Anteilrecht der Polenprodusie in den über 10 Joch Feld umfassenden Wirtschaften eingeräumt werden sollte. Trotz dieser Drohung hat die Kommission den Regierungsauftrag angenommen. Allgemein herrscht die Ansicht vor, daß die zu gewöltige Kabinettsskrise sich auf den Rücktritt der Minister Bartel und Stendzic beziehen wird. Jedoch ist es nicht ausgeschlossen, daß es in nächster Zeit zu einer Krise auch im Ministerium des Neuen kommt wird. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß sogar in Kreisen, die den Minister Bartel bisher unterstützten, immer entschiedener die Notwendigkeit betont wird, daß auf den Posten des Ministers des Neuen ein gewiefter Johnson mit diplomatischer Erfahrung berufen wird. In diesen Kreisen werden als vermutliche Nachfolger Bartels der Politiker Graf Adam Tarnowski und Graf Eugenio Goluchowski genannt.

Aus Konstantinopel wird berichtet, daß der Gouverneur gemeldet: An den langen Verhandlungen zwischen den verschiedenen Parteien der Kommerz und dem Minister für nationale Wohlfahrt nahmen fast alle nationalistischen Abgeordneten teil. Diese verlangten von der Regierung als Gegenbeweis für ihr Vertrauen die Dimission von drei Ministern: des Ministers des Innern, des Ministers des Innern und des Justizministers. Sodann dieser Minister soll durch Nichtparlamentarier ersetzt werden. Die nationalsozialistischen Abgeordneten schlugen vor und der Sultan bestätigte, daß Sina Bei (?), der ehemalige Gesandte in Zukunft und Sofia, das Portefeuille des Auswärtigen übernimmt, Naim Bei das des Innern und Nazim Bei (?) das der Justiz. Trotz dieser Umformung behält das Kabinett einen provisorischen Charakter und wird im gegebenen Augenblick einem rein nationalistischen Blas machen.

Lansings Rücktritt

Der Staatssekretär Lansing ist einer Meldung aus Washington nach zurückgetreten. Sowohl die Demokraten wie auch die Republikaner bedauern den Rücktritt, der einer Amtsenthebung durch Wilson gleichkommt. Die Gerüchte über einen weiteren Wechsel im Kabinett mehren sich. Aus Paris wird berichtet, daß neuer Staatssekretär des Neuen werde Davis, der jetzige Botschafter Amerikas in London, genannt.

Die Dimission des Staatssekretärs Lansing soll ein heftiger Briefwechsel mit Präsident Wilson vorangegangen sein. Seit dem 7. Februar warf der Präsident dem Sondersekretär vor, daß er keine Anstrengung habe, um sich seine Präsidentenfähigkeit anzueignen. In einem weiteren Brief erklärte Wilson, als er noch in Paris gewesen sei, habe er herausgeföhrt, daß Lansing seine Anstellungen und seine Ratschläge mit wachsendem Unbehagen angesehen habe. Bei seiner Rückkehr nach Washington sei er tief enttäuscht gewesen, feststellen zu müssen, daß Lansing veracht habe, seinem Vater zuvorzugommen. In einem Antwortschreiben erklärte Lansing, seit Januar 1919 habe er erfüllt, daß Wilson nicht mehr bereit gewesen, seine Ansicht über alle Fragen, die die Pariser Verhandlungen betreffen, einzugehen.

Die Folgen

Mason, so wird aus Washington berichtet, reichte im Abgeordnetenhaus eine Entschließung ein, in der der Senatsausdruck für auswärtige Angelegenheiten erachtet wird, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Wilson und Lansing zu bilden und festzustellen, ob Lansing die Verfassung durch die Zusammenarbeit des Kabinetts verletzt, wenn er sie ohne vorherige Kenntnis des Präsidenten vornehme. Als direkte Folge des Wilson-Lansing-Konflikts ist wahrscheinlich jede Aussicht auf baldige Ratifizierung des Friedensvertrages verloren. Die Abhänger des Senators Lodge lehnen die Vorschläge Hitchcocks am Sonnabend endgültig ab. Es handelt sich dabei um dieselben Vorbehalte, auf Grund deren man eine baldige Ratifizierung des Friedensvertrages erhoffte. Man ist jetzt ungestört wieder ebensoviel, wie man im Dezember vorigen Jahres war. Die erste Folge des Konflikts ist die Wahrscheinlichkeit, daß Wilson die Annahme des Friedensvertrages nicht vorbehalten durch den Senat, an der kaum mehr zu zweifeln ist oder war, mit einem Schluß von den Füßen zieht, um es dem nächsten abzutreten.

Deutschlands Vorschlag angenommen

Paris, 16. Februar. Die Rente havas veröffentlicht folgenden Text der nach Berlin abgegangenen Note:

Die Alliierten haben mit Ausmerksamkeit die Mitteilung geprüft, die von der deutschen Regierung am 25. Januar 1920 an sie gerichtet wurde und in der die schweren Folgen sowohl wirtschaftlicher wie politischer Natur dargelegt werden, die aus der Durchführung der in den Artikeln 228 und 230 über die Auslieferung der entgegengestellten Deutschen enthaltenen Bestimmungen auch für die Durchführung des Friedensvertrags vom 28. Juni 1919 selbst erwachsen würden. Die Rente stellt zunächst fest, daß Deutschland erklärt, außerstande zu sein, die für es aus dem oben erwähnten Artikeln des ihm unterzeichneten Vertrags sich ergebenden Verpflichtungen einzuhalten. Sie behalten sich vor, daß ihnen aus dem Vertrage zustehende Recht in dem Maße und in der Form zur Anwendung zu bringen, wie es ihnen zweckmäßig erscheint. Unter dieser Voraussetzung nehmen die Alliierten Mi von der durch die deutsche Regierung abgegebenen Erklärung, daß sie bereit ist, vor dem Obersten Reichsgericht in Leipzig unverzüglich ein mit den vollständigen Garantien versehenes Strafverfahren gegen alle Deutschen einzuleiten, deren Auslieferung die alliierten und alliierten Räte zu verhindern beabsichtigen.

Die von der deutschen Regierung selbst vorgeschlagene, von ihr unverzüglich in die Hand zu nehmenende Strafverfolgung ist vereinbar mit der Durchführung des Artikels 229 des Friedensvertrages und ausdrücklich am Ende des ersten Absatzes dieses Artikels vorgetragen. Gegen dem Ausländer und dem Geiste des Vertrages werden die Alliierten sich hüten, sich irgendwo in das Verfahren, die gerichtliche Verfolgung und das Urteil einzumischen, um so der deutschen Regierung ihre volle und ganze Verantwortlichkeit zu überlassen. Sie behalten sich vor, an Hand der Tatachen der guten Gläubigen Deutschlands, die Verurteilung der begangenen Verbrechen durch Deutschland und den aufstrebenden Wunsch, an deren Bestrafung mitzuwirken, zu bemessen. Sie werden sehen, ob die deutsche Regierung, die sich außerstande erklärt hat, die Schuldigen zur Strafe zu verhören und den Alliierten zu übergeben, vielleicht entschlossen ist, sie selbst vor dem Reichsgericht in Leipzig abzurichten.

Gleichzeitig haben die Alliierten, um der Wahrheit und der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen, beschlossen, eine inter-

alliierte gemischte Kommission zu beauftragen, eingehend und im einzelnen die Straftaten eines jeden, dessen Schuld durch die Untersuchung der Alliierten festgestellt wurde, zu sammeln, zu veröffentlichen und der deutschen Regierung mitzuteilen.

Endlich halten die Alliierten darauf, in formeller Weise zu erklären, daß das Verfahren vor einer Gerichtsbarkeit, wie sie vorgeschlagen wurde, in seinem Falle die Bestimmungen der Artikel 228 bis 230 des Friedensvertrags aufheben kann. Die Rente behalten sich das Recht vor, zu prüfen, ob das von Deutschland vorgeschlagene Verfahren, das nach Deutschlands Sicherung der angeschlagenen volle Rechtsgarantien steht, nicht tatsächlich daran hinderaus, die Schuldigen der tatsächlichen Verstrafung für ihre Vergehen zu entziehen. Die Alliierten werden in einem solchen Falle voll und ganz ihr Recht ausüben und die Schuldigen vor ihrer eigenen Gerichte stellen. gec: Voss George.

Sie beharren auf dem Scheine

(Eigene Nachrichtmeldung)

Basel, 17. Februar. Der Baseler Anzeiger meldet aus Paris, daß der nationale Blod, der in der Räume über die Mehrheit verfügt, einen Antrag eingebracht habe, die Auslieferung des Auslieferungsliste und die Überstellung der Kriegsgefangenen in Paris zu fordern.

Havas meldet, daß die Vorbereitungen über das Gerichtsverfahren gegen die Deutschen in Paris keine Unterbrechungen erfahren.

Erzbergers Rücktritt?

(Eigene Nachrichtmeldung)

Berlin, 17. Februar. Aus parlamentarischen Kreisen wird gemeldet, daß die Parteien der Nationalversammlung nach dem Ergebnis der bisherigen Verhandlungen des Hessisch-Prozesses gezwungen sind, sich mit der Frage des Weiterverbleibens Erzbergers in der Reichsregierung zu beschäftigen. Es steht schon fest, daß Erzberger zurücktreten muß, man glaubt aber, daß Erzberger dem zuvor kommene und wahrscheinlich in Kürze selbst seinen Abschied einreichen wird.

Die Not im Erzgebirge

Auf Grund eigener Anschauung und durch Bühnungnahme mit Arzten, Lehrern, Arbeitervertretern und zahlreichen Familien im sächsischen Erzgebirge hat Genosse Erwin Barth einen Einblick in die gräßliche Not gewonnen, die dort herrscht. Er gibt davon im Vorwärts folgendes erfüllende Bild:

Die Bevölkerung des sächsischen Erzgebirges gehört zu jenen rubigen, bienennliebigen, besehenden und lieben Leuten, die am glücklichsten sind, wenn niemand von ihnen spricht. Aber bei aller Rücksicht auf ihre Charakterart muß jetzt von ihr und von ihrem vernichtenden blutigen Elendsgepraben, nein geschräte werden, um ihr zu helfen und diesen selten arbeitsfreudigen, genügsamen Menschenclag, diesen wertvollen Bestandteil der deutschen Wirtschaftskraft zu erhalten.

Das Erzgebirge war immer arm. Aber seine sprichwörtlich besiedelnde Bevölkerung verstand die Kunst, auch mit kleinsten Mitteln ein bisschen Lebensglück zu zumindest. Diese Kunst verlor heutzutage, weil in tausend und über tausend Familien nicht einmal das Wenige nicht da ist, was zum Fristen des nächsten Lebens erforderlich ist.

Die gelöste Karte des oberen Erzgebirges hat der frühe Winter vernichtet. Der Weizen ist nicht reif geworden,

das Korn ist viel zuviel, als es in Puppen stand, unter dem Schnee gekommen. Der Kartoffel, der Grünkohl, die Kartoffeln, das Kraut, die Rüben und das Grünmett fehlt — die ganze Arbeit und die ganze Hoffnung des Bergbauern und des Güters — sind durch Schnee und Frost vernichtet worden.

In den Hütten und Häusern der durchweg kleinen Leute fehlt es am notwendigsten für den Magen, fehlt es an den allerprimitivsten und absolut unentbehrlichen Wässche- und Bettdeckenstoffen, fehlt es häufig an jeglichem Heizmaterial, fehlt es an Milch für die Kinder und Kranken, dort wüten Hunger und Krankheit unter Erwachsenen und Kindern, Rachitis, Skrofulose, uns

in besonders entsetzlichem Umfang die Tuberkulose zerstören dort in größtem Maße wertvolles Menschenmaterial.

Ganze Familien an Unterernährung, Krankheit, Kindersterblichkeit, in denen kein Kind ist, das nicht an Rachitis verkrümmt! Familien, in denen Frau und Kinder zusammen ein Paar Schuhe haben und nicht jedes ein Paar Strümpfe und nicht jedes ein Hemd oder einen zusammen gesetzten Zehen, den man als solches anführen kann! Ein

mindestens 80 Prozent der Häuser, die ich besucht habe, kein Bettuch über dem los in der Bettloge liegenden Stroh und kein Bettüberzug, auch keine Fenstervorhänge und Schürzen mehr; sie sind alle zu Leidwölche und Kleidungsstücke verarbeitet. Kinder, die während die Mutter auf Arbeit ist, nicht zum Kinderbett und im Winter nie aus der Stube können, weil sie keinerlei Schuhe haben.

Schulkind, die erst dann zur Schule können, wenn ein Geschwister von der Schule zurückkommt und das einzige Paar Schuhe von den Füßen zieht, um es dem nächsten abzutreten!

Bei regnerischem Wetter sind, nach Aussagen der Lehrer und Schuldirektoren, bis zu zehn Prozent aller Kinder aus Mangel an Schuhzeng am Schulgang verhindert. In jeder Schulkasse eine Reihe von Kindern, die kein Hemd auf dem Leibe und zur Mittagszeit noch keinerlei Essen im Magen haben. Kleinere Kinder, die während des ganzen Winters nicht an die Luft gekommen sind, weil sie weder Schuhe noch Strümpfe haben. Die Mehrzahl der Familien, die nicht in der Lage sind, die wenigen Strafmahnmittel der Nation (Brot, Fleisch, Getreide, Bohnen) voll zu kaufen, die sich fast in der Hauptstädte mit Kartoffeln, Kraut, Rüben, Möhren, Brots und Wasserzuppen ernähren, 18 bis 25 Pfund Kohlen pro Haushalt und Woche; auch dann, wenn Kranken in der Wohnung sind, Schulklassen, in denen der Arzt besonders heruntergekommen sind, Lehrer für die Herausförderung im hilfreichen Auslande aufzufinden soll und beim Anblick des Elends in den verzweifelten Ruf ausdrückt: „Hier gibt's nichts zu untersuchen — die ganze Klasse muß fort!“ Bei der Ankunft der deutschen Kindertransporte in der Schweiz sind die Erzgebirgskinder sofort als in besonderem Maße elend aufgefallen und ohne weiteres ist für sie über die festgesetzte Schulungszeit hinaus ein längerer Aufenthalt festgesetzt worden.

Ganze Ortschaftsgruppen mit einem Durchschnittsgewicht der Frauen mitamt den Kleider von 80 Pfund. Lehrer, die voll Verzweiflung sind angeföhrt des Elends in den verschwundenen Räumen und der Ausbildung der Kinder, die kein Hemd auf dem Leibe und zur Mittagszeit noch keinerlei Essen im Magen haben. Kleinere Kinder, die während des ganzen Winters nicht an die Luft gekommen sind, weil sie weder Schuhe noch Strümpfe haben. Die Mehrzahl der Familien, die nicht in der Lage sind, die wenigen Strafmahnmittel der Nation (Brot, Fleisch, Getreide, Bohnen) voll zu kaufen, die sich fast in der Hauptstadt auf das Sechzehnschaften fest. Die Stadt Annaberg hat 45 Kinder untersuchen lassen, die infolge des Krieges und der Nachwirkungen unterernährt sind; 26 davon haben ein Widergemisch von zehn Pfund und mehr; das höchste Untergewicht ist 30 Pfund oder 40,5 Prozent des Normalgewichts. In der gleichen Stadt sind im ganzen Jahre 1915 16 Tuberkulosefälle gemeldet worden; in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres über 34.

So sieht in kurzen Bildworten zusammengefaßt die Notlage der Bevölkerung, namentlich des westlichen Erzgebirges und des oberen Vogtlandes, aus. Kein, es sieht viel schlimmer aus. Die armelige Feder vermag nur ein sehr blaues Bild von dem zu geben, was das Auge an Hammer und Mat und Lebens- und Kraftzerstörung infolge des Hungers erfassen kann.

Dort oben sind viele Tausende von Menschen dem Untergang gemäßigt, wenn nicht sofort alle Kräfte mobil gemacht werden, um zu lindern und zu retten und den ungeheuer harten Drud, der auf diesen Menschen wütet, abzuschwüren.